

SPD demokratischer pressediens

P./XXVI. 30

12. Februar 1971

KiBlungenes Manöver

Klare Fronten in der Mitbestimmungsfrage

Von Fred Zander SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Wirtschaft

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Draußen schreien - drinnen kuschen

Notwendige Bemerkung zur Mehrfachrolle
eines CDU-Bauernführers

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 / 25 Zeilen

Auszeichnung für einen Sozialdemokraten

Walter Behrendt SPD-MdB Kandidat für die
Präsidentschaft des Europäischen Parlaments

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 / 36 Zeilen

Gastarbeiter in der Bundesrepublik

Oft empörenden Mißständen ausgesetzt

Seite 5 und 6 / 70 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Haussallee 2-13
Postfach: 9193
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37-38
Telex: 886 846 086 8477
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Mißlungenes Manöver

Klare Fronten in der Mitbestimmungsfrage

Von Fred Zander SPD-MdB

Mitglied des Bundesausschusses für Wirtschaft

Die langgehegten Träume der Sozialausschüsse der CDU, durch einen fortschrittlichen Gesetzentwurf zur Ausweitung der Mitbestimmung Sprengstoff in die Kleine Koalition zu tragen, sind nun ausgeträumt. Dies hatte sich schon Ende Januar auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag angekündigt. Die Bosse aus dem Wirtschaftsrat der CDU und die immer deutlicher kursbestimmende CSU hatten die Union der Christdemokraten in dieser Frage da hingestellt, wo sie hingehört: näher bei Fritz Berg als bei der Bergpredigt.

So war es auch nur folgerichtig, daß sich diese Linie auch im Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zum Betriebsverfassungsgesetz wiederfindet. Der Entwurf, der sich vom Regierungsentwurf durch wesentlich engere Möglichkeiten der legalen Konfliktlösung in den Betrieben und durch die Aufspaltung der Arbeitnehmer mit Hilfe einer Sondervertretung der leitenden Angestellten neben dem Betriebsrat unterscheidet, hält einem Vergleich mit dem Regierungsentwurf nicht stand.

Die oft von Sprechern der Sozialausschüsse angekündigte Ausweitung der Mitbestimmung, von der die CDU/CSU sich die oben erwähnte Wirkung auf die Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten versprochen hatte, bewegt sich auf der Linie der Düsseldorfer Beschlüsse. Die Zahl der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten soll erhöht werden. Der Anteilseignern soll ein Übergewicht von 7 : 5 Stimmen eingeräumt werden.

Damit geht der Oppositionsentwurf am Kern des Problems völlig vorbei. Bei der Ausweitung der Mitbestimmung geht es

darum, die auch nach dem Urteil der Biedenkopf-Kommission bewährte paritätische Mitbestimmung über den Montanbereich hinaus auf Großunternehmen anderer Wirtschaftsbereiche auszuweiten. Die Arbeitnehmer haben keinen Vorteil von einer Erhöhung der Zahl der Aufsichtsratssitze, sondern nur davon, daß sie durch paritätische Besetzung der Aufsichtsräte entsprechenden Einfluß auf die wesentlichen Entscheidungen gewinnen, deren Folgen sie auch zu tragen haben. Der CDU/CSU-Entwurf hat zu dieser Frage nichts zu bieten und seine Annahme würde nur eine wirkliche Lösung in Zukunft erschweren, die nur erreichbar ist, wenn es im Bundestag eine eindeutige sozialdemokratische Mehrheit gibt.

Bundesarbeitsminister Walter Arendt begründete den Regierungsentwurf mit der Notwendigkeit, völlig neue Elemente der Betriebsverfassung basierend auf einer gründlichen Analyse der sozialen Wirklichkeit in den Betrieben einzuführen. Auf eine solche Analyse verzichtete der Sprecher der Opposition. Stattdessen hob er die dem CDU/CSU-Entwurf zugrunde liegende partnerschaftliche Ideologie hervor, und feierte ihn als eine klare Absage an die Parität im Aufsichtsrat. Nach der ersten Lesung der Entwürfe, die auch den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Fortsetzung der Mitbestimmung in den Montan-Unternehmen einschloß, sind die Fronten klar und überschaubar geworden. Hier die Opposition, für die Demokratie nur für den staatlichen Bereich taugt, dort die Koalition, die trotz unterschiedlicher Vorstellungen der beiden Partner auch zu demokratischen Reformen im gesellschaftlichen Bereich bereit ist.

Der Versuch, die Koalition in der Mitbestimmungsfrage auseinanderzudividieren, ist mißlungen. (-/ex/12.2.1971/og/)

Draußen schreien - drinnen kuschen

Notwendige Bemerkung zur Mehrfachrolle eines CDU-Bauernführers

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Herr Klinker, CDU-MdB, schleswig-holsteinischer Bauernführer, Präsident landwirtschaftlicher Genossenschaften und Mitglied des Europäischen Parlaments hat bemerkenswerte Eigenschaften.

Im Deutschen Bundestag zählt er bei Agrardebatten meist zu den großen Schweigern. Auch bei der Verabschiedung des Einzelplans Ernährung, Landwirtschaft und Forsten war seine Stimme nicht zu hören; denn Klinker organisierte an diesem Tage an der deutsch-dänischen Grenze die Bauerndemonstration. In Straßburg bei der Debatte des Europäischen Parlaments zum Mansholt-Plan II meldete er sich in der Nacht zum Donnerstag zwar zu Wort, doch die lautstarken Töne, die "seine Bauern" in Schleswig-Holstein an ihn gewöhnt sind, blieben aus. "Nimm die Mistforke und den Knüttel zu den Verhandlungen nach Straßburg", riefen ihm die Landwirte bei den Demonstrationen zu. Noch in Schleswig-Holstein könnte es aus seinem Munde: "An Ihrer Politik, Herr Mansholt, gehen wir zugrunde. Wir fordern Sie auf, treten Sie zurück, damit wir überleben können!"

Seine Anhänger in Schleswig-Holstein wären bitter enttäuscht gewesen, hätten sie Klinkers kleinlauten Auftritt in Straßburg miterleben können. Hier im Plenarsaal unmittelbar mit Sizzo Mansholt konfrontiert, hörte man von ihm kein einziges Wort der Rücktrittsforderung.

Ein CDU-Parlamentarier, der draußen im Lande wohl im Hinblick auf herannahende Landtagswahlen die Leidenschaften der Massen aufpoliert und Mansholt zum alleinigen Ruhmann stempelt, will damit wohl von den Versäumnissen früherer CDU-Regierungen vor allem im agrarstrukturellen Bereich ablenken. Klinkers Freunde in seiner Fraktion wissen es anscheinend besser als er; denn sie brachten in der Debatte die Notwendigkeit der Bündelung von preispolitischen, agrarstrukturellen und vor allem sozialpolitischen Maßnahmen zum Ausdruck. Genau das sind übrigens die Komponenten, die sich im II. Mansholt-Plan der EWG-Kommission finden, der gegenwärtig zur öffentlichen Debatte steht. Wer draußen im Lande Europeparlamentarier den Kampf gegen Mansholt fordert und dann in Straßburg kuscht, kann politisch nicht "Eager earnest" genannt werden. Er verdient lediglich das Prädicat "Radikaler Renegoge".

-/sz/12.2.1971/ks

Auszeichnung für einen Sozialdemokraten

Walter Behrendt SPD-MdB Kandidat für die Präsidentschaft
des Europäischen Parlaments

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Wer soll der nächste Präsident des Europäischen Parlaments sein? Diese Frage stellt sich jedes Jahr in der ersten März-Woche, wenn im Straßburger Europahaus die EWG-Parlamentarier zur üblichen Konstituierung des Europäischen Parlaments zusammenkommen. Diese Frage beschäftigte auch in diesen Tagen die Fraktionen und führte, wie zu erwarten war, zur alljährlich wiederkehrenden Geschäftigkeit, die sich in den offiziellen und offiziellen Wandelgang-Gesprächen niederschlug. Trotzdem waren die Vorbedingungen anders als in der Vergangenheit.

Im März 1970 wurden die Weichen für 1971 und alle folgenden Jahre gestellt. Die Parlamentarier aus den 6 EWG-Ländern waren es leid, Jahr für Jahr hektische Auseinandersetzungen nicht nur innerhalb der Fraktionen, sondern auch zwischen den Fraktionen führen zu müssen. Das sollte durch eine langfristig gültige "gute Lösung" vermieden werden. Der Schlüssel für die Zukunft wurde mit einer schlicht als "Roulement" bezeichneten Übereinkunft gefunden. Danach unterschrieben am 10. März 1970 die Vorsitzenden der vier im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen ein Abkommen, nachdem der turnusmäßige Wechsel im Amt des Präsidenten garantiert wird. Der Präsident wird demzufolge nicht nur von der jeweils stärksten, sondern der Reihe nach von jeder Fraktion des Hauses gestellt. Fest vereinbart wurde auch, daß im März 1971 diese Regelung Inkraft tritt und die Sozialistische Fraktion den ersten Präsidenten nach dem Beginn des Roulement stellt.

Die Sozialistische Fraktion hat nun nach gründlicher Verarbeitung den anderen Fraktionen ihren Vorschlag unterbreitet. Sie entschieden sich einstimmig für den bisherigen ersten Vizepräsidenten des Parlaments, den SPD-Abgeordneten Walter Behrendt. Mit Walter Behrendt wird damit nach langer Zeit wieder ein deutscher Politiker an der Spitze des Europäischen Parlaments stehen. An seiner Wahl im März ist kaum zu zweifeln, wenn die Abmachung von 1970 kein Papier, sondern eine Übereinkunft politisch verantwortlicher Europäer ist. Schon jetzt haben die Fraktionen der Liberalen sowie der ihnen Nahestehenden und der Europäischen Demokratischen Union Walter Behrendt ihre Unterstützung zugesagt. Sie halten sich an ihr Wort gebunden.

(-/wr/12.2.1971/ks)

+ + -

Gastarbeiter in der Bundesrepublik

Oft empörenden Mißständen ausgesetzt

Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Schiller hat in seinem Jahreswirtschaftsbericht vor dem Bundestag ausdrücklich den Beitrag erwähnt, den ausländische Gastarbeiter bei uns leisten. "Die Zahl der Gastarbeiter nahm um 450.000 zu und erreichte im Herbst einen Rekordstand von rd. zwei Millionen. Jeder zwölfte Arbeitsplatz war mit einer ausländischen Arbeitnehmerin besetzt. Wir sollten heute den Beitrag der Gastarbeiter zum wirtschaftlichen Ergebnis des Jahres 1970 ausdrücklich würdigen..."

Es muß gesagt werden: Sie arbeiten hart und werden oft für niedrige und dreckige Arbeiten gebraucht, für welche Einheimische überhaupt nicht oder nur selten zu bekommen sind. Aber auch die Förderbänder vieler Fabriken ständen still, in Restaurants und Hotels wäre die Bedienung noch unvollkommener und in manchen Krankenhäusern blieben die Kranken ohne Pflege. Die Gastarbeiter sind in unser Wirtschaftsleben als unverzichtbarer Arbeitsfaktor eingegliedert. Ihnen wird hohes Pflichtgefühl, eine überdurchschnittliche Arbeitsmoral, ebenso wie unterdurchschnittliche Krankheitsquote und unterdurchschnittliche Kriminalität bescheinigt.

Für die Bundesrepublik sind sie ein gutes Geschäft. Sie zahlen Steuern wie ihre deutschen Kollegen, ohne unsere Gemeinschaftseinrichtungen - Schulen, Krankenhäuser, Straßen usw. - annähernd so viel wie wir zu benutzen. Sie subventionieren mit ihren Beitragszahlungen, von denen sie nur einen kleinen Teil in Anspruch nehmen, Versicherungen. Die Rentenversicherung erhielt 1968 von ihnen 1,2 Milliarden DM; beansprucht wurde die hingegen nur in Höhe von 127 Millionen DM. Doch als Menschen müssen sie und ihre Familien allzuoft abseits stehen. Der Kleuwucher, der an ihnen betrieben wird, ist ein schon oft gerügtes Thema.

Es gibt schätzungsweise 300.000 bis 500.000 Ausländerkinder im schulpflichtigen Alter, doch nicht alle können an Unterricht teilnehmen. Die Dunkelziffer ist hoch. Wenn auch eine Reihe Staatlicher schon Maßnahmen für die Verbesserung der Lage der Gastarbeiter

getroffen haben, die Mängel sind noch zu allgemein, daß diese Hilfen ausreichen das Leben dieser Menschen zu verbessern.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Harry Tallert hält es für erforderlich, daß zur Überwindung der Gastarbeiter-Probleme eine "Zentralstelle für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, mit einem Bundesbeauftragten sowie einer einheitlichen Konzeption" entwickelt werden müsse. Zu den bestehenden Richtlinien des Bundesarbeitsministeriums für die Unterbringung von ausländischen Arbeitnehmern meint Tallert: "Richtlinien ohne Rechtsverbindlichkeit sind wertlos. Vorschriften über Höchstbelegung von Wohnheimen für Ausländer sollten für alle Bundesländer bindend sein."

Zum Abbau von Vorurteilen unter der deutschen Bevölkerung meint Tallert weiter: "Abgesehen von Verfassungsprinzipien und unserem freiheitlichen demokratischen Selbstverständnis sollten wir nicht vergessen, daß die Erfahrungen der Gastarbeiter in diesem Land das Deutschlandbild nachhaltiger beeinflussen als die Aktivität der Auslandsabteilung des Bundespresseamtes mit seinem großzügig dotierten Etat. Die Art und Weise, wie wir die ausländischen Arbeitnehmer bei uns zu Hause behandeln, ist mehr als alles, was wir draußen tun, ist die Probe aufs Exempel, wie wir es im deutschen Alltag mit der Völkerverständigung halten..."

Die diskriminierenden Lokalverbote für Gastarbeiter haben kürzlich die ENG-Kommission in Brüssel beschäftigt. Aufgrund einer Intervention des italienischen Abgeordneten Nicola Romeo, der auf Lokalverbote in bestimmten deutschen Gaststätten aufmerksam machte, sprach die Kommission über solche Handlungsweisen ihr Bedauern aus. Sie widersprechen den Grundsätzen der Europäischen Gemeinschaft.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus-Dieter Arndt, schloß in seiner Rede vor dem Parlament die Gastarbeiter in die Vollbeschäftigungspolitik mit ein: "Wenn die Bundesrepublik", so sagte er, "zwei Millionen Menschen aus dem Mittelmeerraum ausbildet und ihnen Beschäftigung gebe, dann sei das ein Beitrag zur politischen Stabilisierung im Mittelmeerraum, der militärischer Präsenz nichts nachstehe. Die Gastarbeiter seien keine industrielle Reservearmee."

(wr/wr/12.2.1971/ks)